

## Betroffenheit...

Fortsetzung von Seite 12

auch auf solche Ereignisse hingewiesen werden. Im übrigen sei Zurückhaltung geboten, die voreilige Bewertung der Staatsanwaltschaft sei schon nicht richtig gewesen. Beim nächsten Tagesordnungspunkt ergab sich, daß nach dem Willen der Mehrheit des Ausschusses das Frauenförderungsgesetz durch den federführenden Ausschuß unverändert beschlossen werden soll. Nach Auffassung der SPD hat die vom Ausschuß für Frauenpolitik durchgeführte öffentliche Anhörung die verfassungsrechtlichen Bedenken der Opposition nicht bestätigt. Die Oppositionsfraktionen waren anderer Meinung. Heinz Lanfermann (F.D.P.) wies daraufhin, daß die von den Sachverständigen vorgebrachten besseren Argumente auf der Seite der Kritiker des Regierungsentwurfs vorgetragen worden wären. Abgelehnt wurden im Ausschuß mit den Stimmen von SPD und CDU Änderungsanträge der Fraktion der F.D.P. zum 4. Landesbesoldungsänderungsgesetz. Die beantragten Änderungen hatten das Ziel, die Kanzler und Rektoren der Fachhochschulen Aachen, Münster und Niederrhein höher zu besolden und damit ein motivierendes Signal zu setzen. Ein solches Signal ist nach Ansicht des Abgeordneten Stefan Frechen (SPD) eher in den niedrig eingestufteten Ämtern der Besoldungsordnung A vonnöten.

Vor der weiteren Beratung des Gesetzes zur Änderung des Meldegesetzes, wozu je ein Gesetzentwurf der Landesregierung und der F.D.P. vorliegt, soll der Innenminister zu den erhobenen Bedenken Stellung nehmen.

Der Ausschuß befaßte sich weiter mit „Ausgleichsmaßnahmen zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit bei Wegfall von Grenzkontrollen“ innerhalb der EG, mit einem Antrag der Fraktion der CDU zur „Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und der Rauschgiftkriminalität“, der Forderung nach einem „Programm zur Bekämpfung der drastisch zunehmenden Wohnungseinbrüche“ sowie „Maßnahmen zur Beschleunigung der Asylverfahren und zur Eindämmung des Asylmißbrauchs“.

Schließlich wurde eine Anhörung von Sachverständigen und Vertretern der kommunalen Spitzenverbände zum Gesetz zur Änderung des Vermessungs- und Katastergesetzes beschlossen. Diese Veranstaltung wird am 7. September in den Räumen des Landesvermessungsamtes durchgeführt.

### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer  
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,  
Postfach 5007.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),  
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884 2303, 884 2304  
und 884 25 45, btx: # 5 68 01\*

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD),  
Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU),  
Parlamentarischer Geschäftsführer; Ruth Witteler-Koch MdL (F.D.P.),  
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD),  
Pressereferent; Thomas Kemper (CDU),  
Pressesprecher, und Ulrich Marten (F.D.P.),  
Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf  
ISSN 0934-9154

## Porträt der Woche

*Hart in der Sache, aber konziliant im Ton, das ist Karlheinz Bräuer. Diese Haltung kennzeichnet den Sozialdemokraten sowohl bei Tarifverhandlungen wie auch in der Parteiarbeit. Sie hat dem Gewerkschafter der IG-Metall bei den Arbeitgebern den Ruf eines zwar unbequemen, aber fairen Gesprächspartners eingebracht. Die Parteifreunde loben seine Zähigkeit, seine Geduld und seine stete Präsenz; die Fraktion schätzt Bräuers soziales Engagement und seine enormen Fachkenntnisse auf diesem Gebiet.*

*Im nordrhein-westfälischen Landtag gehört Karlheinz Bräuer eher zu den stillen Arbeitern, die selten im Plenum das Wort ergreifen. Doch hinter den Kulissen ist sein Einfluß unübersehbar. Als Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales weiß der SPD-Mann aus Lohmar sehr genau, wo die Gewichtung der Sozialpolitik in den kommenden Jahren liegen muß, wenn das Land in diesem Bereich erfolgreich sein will.*

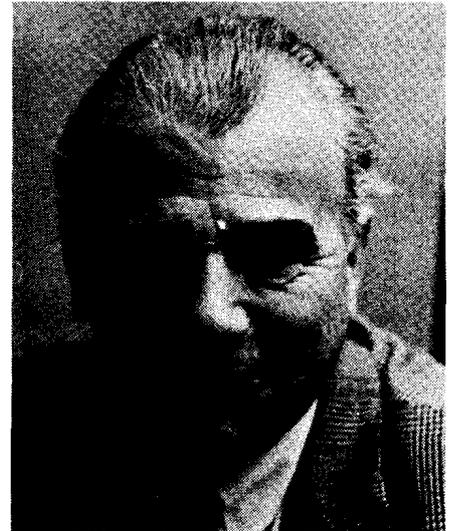
*Dazu gehört beispielsweise die sach- und fachgerechte Fortschreibung des Krankenhausbedarfsplanes. Der SPD-Politiker: „Darüber wird es ein heftiges Ringen und brisante Auseinandersetzungen geben. Es wird darauf ankommen, daß wir in Nordrhein-Westfalen ein bedarfsgerechtes Netz von Krankenhäusern erhalten.“ Nachhaltig warnt der Sozialpolitiker davor, sich einfach mit prozentualen Streichungen zufriedenzugeben. Vielmehr dürften erst nach gründlicher Analyse der jeweiligen Versorgungsgebiete Streichungen beschlossen werden. In diesem Zusammenhang erinnert Bräuer: „Einer der schmerzlichsten Punkte meiner Tätigkeit als Landtagsabgeordneter war die Tatsache, daß die Schließung des Krankenhauses in Worringen nicht zu verhindern war. Nachdem in Dormagen ein ganz modernes Krankenhaus in Betrieb genommen worden ist, gab es keine andere Lösung. Es war trotzdem ein schwerwiegender Einschnitt.“ Immer müßten Sozialpolitiker das Ziel im Auge behalten, daß die flächendeckende Grundversorgung und eine ausreichende Spezialversorgung der Bevölkerung mit Krankenhausbetten gewährleistet sei.*

*Im Augenblick bereiten dem Ausschußvorsitzenden vor allem die AIDS-Problematik, die Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und die Rauschgiftkriminalität besondere Sorgen. „Hier muß noch viel getan werden“, meint Bräuer und fügt sogleich hinzu, daß auch die Aussiedlerfrage und das Thema Asylanten auf seiner täglichen Tagesordnung stehen.*

*In den letzten Jahren hat sich der Sozialpolitiker ganz auf die Arbeit des Ausschusses konzentriert. „Ansonsten verzettelt man sich und damit würde dann niemandem gedient“, erklärt er seine Selbstbeschränkung.*

*Als Karlheinz Bräuer 1975 zum ersten Mal in den NRW-Landtag gewählt wurde, arbeitete er zusätzlich noch im Verkehrsausschuß mit. Zu einem Gutteil ist es seinem Engagement zu verdanken, daß der Verkehrsverbund Rhein/Sieg und die erste S-Bahn-Strecke im Kölner Norden geschaffen wurden. Nach seiner Wiederwahl 1980 setzte sich der SPD-Abgeordnete entschieden für die Neuordnung der Arbeitsgerichtsbarkeit in NRW ein.*

*Bei allen seinen politischen Aktivitäten ist Bräuer immer ein Streiter für die Interessen der Arbeitnehmer gewesen, und das, obwohl es dem Mann mit dem sensiblen sozialen Engagement keineswegs an der Wiege gesungen worden ist, daß er einmal Gewerkschaftsfunktionär würde. Der heute 65jährige kommt aus einer*



Karlheinz Bräuer (SPD)

*durch und durch gutbürgerlichen Kaufmannsfamilie aus Breslau, wo er am 20. Oktober 1924 geboren wurde. Doch die Geschichte ließ dem Schlesier keine Zeit für bürgerliche Idylle. Die jüdische Großmutter litt im KZ in Theresienstadt, und er selber wurde „mit dem Kriegabitur aus der Oberrealschule herausgeholt“, genau an seinem 18. Geburtstag zur Wehrmacht eingezogen und nach Rußland an die Ostfront abkommandiert. Während der sowjetischen Kriegsgefangenschaft verlor er wegen der grausigen Kälte vier Finger seiner rechten Hand.*

*1947 wurde er freigelassen und kam zunächst zur Rehabilitation nach Marburg. In einer nordhessischen Textilfabrik fand Bräuer dann als Pförtner Arbeit, brachte es schnell zum Werkmeister, wurde Betriebsratsvorsitzender und kam so 1949 zum DGB. Als Gewerkschaftsstipendiat besuchte er von 1953 bis 1955 die Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg, wo er seinen graduierten Betriebswirt machte. Im gleichen Jahr trat er in die SPD ein.*

*Danach war er erst einmal arbeitslos, da sein alter Betrieb ihm eine Stellung im unteren Management anbot, die mit aktiver Gewerkschaftstätigkeit unvereinbar war. Bräuer verzichtete. Als die IG Metall dann in Köln einen Fachsekretär suchte, meldete er sich und wurde genommen. 1956 siedelte der SPD-Mann in die Domstadt über, wo er bis zu seiner Pensionierung im letzten Jahr zunächst als Bezirkssekretär, dann ab 1967 als Bezirksleiter beruflich tätig war. 1968 wurde er in den DGB-Landesbezirksvorstand NRW gewählt. In der Parteiarbeit konzentrierte er sich von Anfang an auf die Arbeitsgemeinschaft für Betriebsgruppen und Gewerkschaftsarbeit, der späteren Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), deren Chef er bereits 1956 im Mittelrhein wurde. 1977 zog er in den Landesvorstand ein, seit 1983 ist er Landesvorsitzender. Jetzt wollte er jedoch für dieses Amt nicht wieder kandidieren. Bräuers Begründung: „Auf diesen Posten gehört ein Berufstätiger.“*

*So allmählich zieht sich Karlheinz Bräuer, den seine Frau und seine zwei Kinder über lange Jahre nur morgens früh oder abends spät zu sehen bekamen, ins Privatleben zurück, auch wenn auf den Vollblutpolitiker noch immer genügend Aufgaben warten. Immerhin wird er sich vom kommenden Sommer an endlich einmal etwas mehr um den Garten kümmern können. Auch sein Hobby, das Reisen mit dem Wohnmobil und der Videokamera, kann er bald ausgiebiger pflegen. All das wird ihm den Abschied vom aktiven Abgeordnetendasein erleichtern... und dann ist da auch noch Mäxchen, der Kater, der sich über mehr Aufmerksamkeit freut. Gerlind Schaidt*